Im Blickpunkt: Wahlen zu den örtlichen Volksvertretungen

Gut beraten, solche Kollegen zu wählen

Wahlatmosphäre bei den Mitarbeitern des NMR-Labors (Labor für kernmagnetische Resonanz) der Sektion Physik. Es gehört zur demokratischen Wahlvorbereitung bei uns, daß die zukünftigen Kandidaten zunächst in ihrem Arbeitskollektiv bestätigt werden.

Als sich die Physiker des NMR-Labors trafen, stand die Kandidatur von Kollegen Dr. sc. nat. Dieter Michel für die Stadtverordnetenversammlung zur Debatte. Kollege Michel (CDU) war in der zu Ende gehenden Wahlperiode Abgeordneter der Stadtbezirksversammlung des Stadtbezirkes Mitte. Selbstverständlich wurde er nach seiner bisherigen Tätigkeit als Volksvertreter gefragt.

Dozent Dr. sc. Freude zum Beispiel wollte wissen, welche Aufgaben durch seine Mitarbeit gelöst werden konnten und ob sich hin und wieder Erfolgserlebnisse einstellen. Nun, Kollege Michel konnte nicht sagen: „Schaut mal da oder dorthin, das ist mein Werk." So einfach ist das oft nicht. Als Vorsitzender des Wahlkreises 10 leistet er eine umfangreiche Arbeit bei der Koordinierung von Anstrengungen der Wohnbezirksausschüsse der Nationalen Front, der Abgeordneten in den Betrieben des Territoriums, den Vertretern des Rates des Stadtbezirkes, den Schulen und der Schiedskommission. Da geschieht eine Menge, wo nicht sofort für jeden Sichtbares ans Tageslicht tritt. Dafür vielleicht später beim Ausbau eines Naherholungszentrums oder der Rekonstruktion des Stadtgebietes. Die Sprechstunden der Abgeordneten sind aufeinander abzustimmen, zur Klärung von Eingaben ist mit dem Rat zu verhandeln oder mit den zuständigen Betrieben und Einrichtungen. Außerdem ist Kollege Michel Mitglied der Ständigen Kommission Volksbildung des Stadtbezirkes Mitte.

Die Kollegen des NMR-Labors der Sektion Physik empfahlen während einer Beratung im Arbeitskollektiv die Kandidatur ihres Mitarbeiters Dr. Dieter Michel (Bildmitte) zu den kommenden Wahlen. Foto: UZ/Möbius

Erfolgserlebnisse stellen sich natürlich ein, wenn man weiß, daß es irgendwo ein Stück vorangegangen ist. Besonders erfreulich sind schon Briefe, in denen Familien „ihrem Abgeordneten" aus einer neuen schöneren Wohnung danken. Dieter Michel hat auch so etwas aufzuweisen.

Während der Beratung kamen eine Reihe Dinge zur Sprache, die wissen ließen, wo uns noch „der Schuh drückt": Bieten wir unseren Jugendlichen genügend Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung? Was ist mit den Dachrinnen an den alten Häusern? Warum wird der Müll nicht regelmäßig abgeholt? Sicher ist es nicht Sache von Dieter Michel, sich um alles das persönlich zu kümmern. Doch derzeit finden allerorts solche Aussprachen statt. Für manche Bürger leider die einzig genutzte Kontaktmöglichkeit mit einem Abgeordneten. Dieter Michel bedankte sich für die Hinweise. Anhand unserer erfolgreichen Sozialpolitik könnte er nachweisen, daß so etwas immer und gerade in der Wahlvorbereitung auf fruchtbaren Boden fällt. Nicht zuletzt deshalb sind diese Aussprachen im Arbeitskollektiv besonders wichtig. Auch der Arbeitsgruppenleiter Prof. Dr. Pfeifer hatte sich zu Wort gemeldet. Seine kurze Einschätzung der Arbeit des Kollegen Dr. Michel endete er mit dem Satz: „Ich glaube, wir sind gut beraten, wenn wir Kollegen wie unseren Dr. Michel wählen."

St. Möbius

Ina wird erstmals kandidieren

Das Mädchen auf unserem Foto heißt Ina Renner. Sie ist Studentin der Veterinärmedizin im 1. Studienjahr. Ina wurde 1978 in die SED aufgenommen und ist seit zwei Jahren Mitglied des DFD. Die Angehörigen ihrer Seminargruppe schlugen sie als Kandidat für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Leipzig vor. Beraten wurde das im Rahmen der FDJ-Gruppe. In einer Gruppenversammlung wurde Ina über ihre Vorstellungen von der Tätigkeit einer Abgeordneten befragt. Sie sagte: „Da ich das erste Mal Kandidatin werde, weiß ich natürlich nicht konkret, welche Aufgaben auf mich zukommen werden. Mein Wunsch wäre es, auf dem Gebiet Wissenschaft und Schulen mitzuarbeiten. Ich glaube, auf diesem Gebiet kenne ich mich am besten aus und weiß, wo hier und da die Säge klemmt', wo etwas verbessert werden muß." Ihre Kommilitonen schätzen Ina als aktives Mitglied ihrer Seminar- bzw. FDJ-Gruppe.

In einem Gespräch mit der DFD-Vorsitzenden ihres Stadtbezirks informierte sie sich bereits über eventuelle Aufgaben, die sie als Volksvertreterin zu lösen hätte. Bei einer Bestätigung ihrer Kandidatur wäre der DFD Mandatsträger von Ina Renner.

Dritte Kandidatur für Dr. Schneider

(ADN/UZ) Die Bürger des Wahlkreises 59 bestätigten auf einer Einwohnerversammlung den Vorschlag der NDPD zur dritten Kandidatur von Dr. med. vet. Jürgen Schneider als Volksvertreter. Er leitet derzeit das Nationale veterinärmedizinische Referenzlaboratorium für Mikrobakteriologie (Sektion TV).

In der zurückliegenden Wahlperiode leistete er als Vorsitzender der Ständigen Kommission Gesundheitswesen der Stadtbezirksversammlung Südost eine vorbildliche Arbeit. Gemeinsam mit dem von ihm geleiteten Aktiv Planung, Ökonomie und Bau hat er Anteil daran, daß die neue Poliklinik im Bezirkskrankenhaus „St. Georg" vor wenigen Monaten termingemäß fertiggestellt wurde.

In der neuzuwählenden Stadtverordnetenversammlung will sich Dr. Jürgen Schneider vor allem für die baldige Fertigstellung des Hauses 6 im Bezirkskrankenhaus „St. Georg" einsetzen.

Gegenüber UZ bemerkte Dr. Schneider, daß sich die Wirksamkeit der Abgeordnetentätigkeit an der Sektion TV bei entsprechender Unterstützung durch die Sektionsleitung noch erhöhen könnte. Er denkt da u. a. an die regelmäßige Durchführung von Abgeordnetensprechstunden.

Per Bikini und Bierdeckel zum „Wahlentscheid"

Methoden der Wählermanipulation in der BRD entlarvt Dr. Fritz Halm vom IIS, Teil 2

Nach der Untersuchung der rechtlichen Aspekte der Wahlen in der BRD (UZ/13) befaßt sich unser Autor im heutigen Beitrag mit Methoden der Manipulation der Wähler durch die herrschenden Parteien.

Die Manipulierung der Wähler erfolgt durch ein scheindemokratisches Spiel zwischen Regierungspartei und Opposition im Rahmen gleicher systemkonformer Grundpositionen in der Politik. Grundbedingung für das Funktionieren dieses Spiels ist in der BRD die von der rechten SPD-Führung betriebene Politik der Klassenkollaboration mit dem Monopolkapital. Zu den Spielregeln gehört es, daß die Regierungspartei die Nichterfüllung ihrer Wahlversprechungen am Ende ihrer Amtszeit der Obstruktionspolitik der Opposition anlastet. Dagegen operiert die Oppositionspartei mit der Behauptung, die den Wähler enttäuschende Lage sei Ausdruck einer verfehlten Regierungspolitik. Diese These wird mit dem Anspruch verbunden, sie selbst würde diese Fehler vermeiden. Auf diese Weise wird vertuscht, daß das Unvermögen, den Interessen der Werktätigen gerecht zu werden, systembedingt ist. Bis heute konnte somit immer wieder erreicht werden, daß Teile der von der Regierungspartei enttäuschten Wähler in das Lager der systemkonformen Oppositionspartei abwandern, anstatt sich mit antiimperialistisch-demokratischen Kräften, insbesondere der DKP, zu verbünden.

Für die Beeinflussung des Wählers werden zunehmend perfektere Methoden der kapitalistischen Marktwerbung und der Massenpsychologie genutzt. In einer Analyse kapitalistischer Wahlpraktiken stellte Lenin fest: „Ohne Wahlen geht es in unserem Zeitalter nicht, ohne die Massen kommt man nicht aus, die Massen aber können im Zeitalter des Buchdrucks und des Parlamentarismus nicht geführt werden ohne ein weit verzweigtes, systematisch angewandtes, solide ausgerichtetes System von Schmeichelei, Lüge, Gaunerei, das mit populären Modeschlagworten jongliert, den Arbeitern alles mögliche, beliebige Reformen, beliebige Wohltaten verspricht – wenn diese nur auf den revolutionären Kampf für den Sturz der Bourgeoisie verzichten."[1])

Heute operiert jede systemkonforme Partei der BRD mit einem umfangreichen Arsenal von wahlwirksamen Versprechungen und Zugeständnissen, die Scheinalternativen zur Politik der anderen Parteien suggerieren und die Lösung der die Massen bewegenden Probleme vorspiegeln sollen. Damit wird auch geschickt überspielt, daß die Differenzen zwischen den systemkonformen Parteien im wesentlichen kaum mehr als taktische Meinungsverschiedenheiten zwischen verschiedenen Fraktionen der Monopolbourgeoisie darüber zum Ausdruck bringen, wie die Macht der Monopole am zweckmäßigsten gesichert und ausgebaut werden kann. Da nach dem Grundgesetz der BRD Abgeordnete „an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen" sind, d. h. also gegenüber den Wählern keine Rechenschaft ablegen müssen, braucht sich nach den Wahlen weder eine Partei noch ein einzelner Abgeordneter an die Wahlversprechen zu halten. Die in den Wahlprogrammen verankerten Positionen der Parteien, ergänzt durch persönlichkeitsgeprägte Variationen der Spitzenkandidaten, werden im Wahlkampf den Wählern wie eine Ware offeriert. Das besorgen im Dienste der Parteien stehende Beratungsgruppen und Werbeagenturen. Der Wahlkampf wird im gleichen Stil geplant und gesteuert wie die Kampagnen zur Einführung neuer Markenartikel. In einer Betrachtung zu den letzten Bundestagswahlen mußte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" konstatieren, um „sich gut zu verkaufen", bedienen sich die Politiker „Medienberatern", die immer unverhohlener in die Trickkiste der Werbepsychologen greifen und ihre Arbeitgeber (die Kandidaten – d. V.) als wählbare Markenartikel für das Medium Fernsehen präparieren, und die „Süddeutsche Zeitung" kommt im gleichen Zusammenhang nicht um die Einschätzung herum: „Es gehört zu den wenigen Gemeinsamkeiten der Parteien, daß sie das politische Urteilsvermögen vieler Bürger gering einschätzen und deshalb auf die ‚irrationalen Elemente' setzen, die zu einer Wahlentscheidung führen."[2]) Wahlkampfmittel sind dabei unter anderem Bikinis, Kunststoffjacken, Krawatten, Kappen, Regenschirme, Tragetaschen, Schlüsselanhänger, Kämme, Nagelfeilen, Biergläser, Bierdeckel, Gummibälle, Kartenspiele, Luftballons, die allesamt mit den Parolen der Parteien oder den Konterfeis der Bundestagskandidaten verziert waren. Die Summe, die im Bundestagswahlkampf 1976 für diese Reklame verschleudert wurde, wird allgemein auf mindestens 200 Millionen Mark geschätzt.

Unter welchen Aspekten man die Wahlproblematik in der BRD auch untersucht, immer wieder wird eines deutlich: Die wahlrechtlichen Barrieren und die zügellosen Hetz- und Verleumdungskampagnen der Bundestagsparteien und aller anderen Parteigruppierungen von den Neofaschisten bis zu den Maoisten richten sich stets gegen diejenige politische Kraft in der BRD, die als einzige ein Programm besitzt, das den nationalen und sozialen Interessen des Volkes der BRD entspricht, gegen die Deutsche Kommunistische Partei. Die DKP ist es auch, die den undemokratischen Charakter der Wahlen in der BRD am entschiedensten entlarvt und anprangert.

Die Forderung nach einem demokratischen Wahlsystem besitzt in ihrem Kampf um die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Rechte der Werktätigen einen hohen Stellenwert. In dem auf dem Mannheimer Parteitag angenommenen Programm heißt es dazu: „Die DKP fordert eine demokratische Reform des Wahlsystems. Sie verlangt das uneingeschränkte Verhältniswahlrecht, die Abschaffung der undemokratischen 5-Prozent-Sperrklausel und die volle Gleichberechtigung der Parteien."[3]).

1) W. I. Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 114 f.
2) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. 9. 1976 und Süddeutsche Zeitung, Stuttgart, vom 30. 8. 1976
3) Mannheimer Parteitag der Deutschen Kommunistischen Partei – Programm, Berlin 1979, S. 63

Die Zusammenarbeit mit ausländischen Partnern vertraglich vereinbart

UZ-Interview mit Rektor Prof. Dr. sc. Lothar Rathmann über die Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen in Äthiopien und Frankreich

UZ: Genosse Rektor, Sie besuchten im vergangenen Monat wissenschaftliche Einrichtungen in Äthiopien und Frankreich. Welches Ansehen genießt unsere Universität in diesen Ländern?

Prof. Dr. Rathmann: Unsere Delegation konnte generell feststellen, daß die Leitungen und die Wissenschaftler in den besuchten Ländern eine hohe Wertschätzung für die KMU zum Ausdruck brachten. Diese Wertschätzung gilt sowohl der an unserer Universität geleisteten wissenschaftlichen Arbeit in Forschung und Ausbildung als auch der bisherigen guten Zusammenarbeit.

Wir haben in Frankreich 4 Universitäten besucht und konnten an allen 4 Bildungseinrichtungen die gute Erfahrung machen, daß großes Interesse an der Zusammenarbeit mit der DDR besteht. Ungeachtet der unterschiedlichen Gesellschaftssysteme in den beiden Staaten und der daraus resultierenden unterschiedlichen Hochschulpolitik kam in den Gesprächen und Verhandlungen immer wieder zum Ausdruck, daß die Forschungsergebnisse einer Reihe unserer Wissenschaftler die Hochachtung der französischen Kollegen fanden und die KMU mehr und mehr zu einem angesehenen Partner für die Zusammenarbeit werden lassen.

Die Gründe für das Ansehen unserer Universität in Äthiopien liegen auf einer anderen Ebene. Mit der Universität Addis Abeba verbinden uns Beziehungen, die sich aus den Prinzipien des proletarischen Internationalismus und der internationalen Solidarität ergeben.

Die KMU war die erste ausländische Universität, die im Juni 1977 einen Vertrag der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit der Universität Addis Abeba abgeschlossen und dem sozialistischen Äthiopien schon mehrfach tatkräftige Hilfe gewährt hat. Unmittelbar nach dem Abschluß dieses Vertrages führten wir Lehrgänge für äthiopische Hochschullehrer in der DDR durch und entsandten auch Lehrkräfte für die Ausbildung an die Universität Addis Abeba. Wir konnten bei unserem Besuch in Äthiopien überall bemerken, daß man der weiteren Zusammenarbeit mit der DDR eine große politische und hochschulpolitische Bedeutung für die Entwicklung eines nationalen Hochschulwesens beimißt.

UZ: Worin bestehen die wichtigsten Ergebnisse Ihrer Gespräche?

Prof. Dr. Rathmann: Während unseres Aufenthaltes in Frankreich haben wir mit der Universität Lyon I erstmalig auf Wunsch der Leitung dieser Universität eine generelle Vereinbarung über die Zusammenarbeit und ein konkretes Arbeitsprogramm für die Jahre 1979 und 1980 abgeschlossen. Mit den 3 anderen besuchten Universitäten (University de Provence ex Marseille, Lyon II, INSA), mit denen uns seit mehreren Jahren vertragliche Beziehungen verbinden, wurden die Programme der Zusammenarbeit für weitere 2 Jahre verhandelt und unterzeichnet. In einigen Wissenschaftsgebieten konnten wir auf Wunsch des Partners die Zusammenarbeit erweitern bzw. die Zahl der auszutauschenden Wissenschaftler erhöhen.

Das Ziel unseres Aufenthaltes in Äthiopien war die Vorbereitung der weiteren Zusammenarbeit ebenfalls für die nächsten 2 Jahre und die Unterzeichnung einer entsprechenden Vereinbarung.

Wir konnten uns in Äthiopien von den bisherigen Erfolgen der revolutionären Umgestaltung überzeugen und gleichzeitig an Ort und Stelle eingehend die Bedingungen prüfen, die für die weitere Zusammenarbeit vorhanden sind und bei der Hilfe der KMU für die Universität Addis Abeba in Betracht gezogen werden müssen. Wir vereinbarten, daß die KMU vor allem auf dem Gebiet der Medizin, der Landwirtschaft und der marxistisch-leninistischen Ausbildung Unterstützung durch die Entsendung von Lehrkräften an die Universität Addis Abeba geben wird.

UZ: Welche neuen Aufgaben ergeben sich aus der verstärkten Unterstützung für das Hochschulwesen in Äthiopien?

Prof. Dr. Rathmann: Die Leitung der Universität Addis Abeba und auch die verantwortlichen Funktionäre des Provisorischen Militärischen Verwaltungsrates (PMVR) setzen in die Zusammenarbeit mit der KMU große Erwartungen. So sieht man vor allem in der Entwicklung der medizinischen Fakultät in Gondar, für die die KMU ab September 1979 einen großen Teil der Ausbildung übernehmen wird, die Schaffung eines Beispiels für die gründliche Ausbildung von Ärzten für die Bedürfnisse des Landes. Ähnliche Ziele verfolgt die Entwicklung der landwirtschaftlichen Fakultät in Alemaya, wo bereits Hochschullehrer der KMU eine ausgezeichnete Arbeit leisten. Unsere Unterstützung muß getragen sein von dem Willen der nach Äthiopien reisenden Wissenschaftler, die KMU und die DDR würdig zu vertreten.

UZ: Sicher konnten Sie sich bei Ihrem Besuch in Marseille und Lyon über die Studienbedingungen an den Hochschulen informieren. Wodurch werden diese bestimmt?

Prof. Dr. Rathmann: Erstaunlich ist die hohe Zahl der Studenten an den Universitäten. Jedoch kümmert sich niemand darum, ob die Absolventen nach dem Studium auch benötigt werden und Arbeit finden. Das Heer der arbeitslosen Akademiker wird immer größer.

Die Universitäten sind auch von der tiefgehenden Krise in den kapitalistischen Ländern erfaßt. So sahen wir zwar an der Universität Lyon I einen großzügig gebauten Universitäts-Campus, der seit etwa 15 Jahren existiert. Gleichzeitig versicherte uns aber die Universitätsleitung, daß heute kaum noch genügend Geld vorhanden sei, die Heizung für diesen Komplex zu finanzieren. Die materielle Lage der Studenten verschlechtert sich mehr und mehr. Die Studiengebühren steigen und der Staat bzw. die Universität zahlt nur für wenige Studenten Stipendien. Der überwiegenden Mehrzahl von Studenten stehen keine Internatsplätze zur Verfügung, die Mieten für Privatzimmer sind außerordentlich hoch. An der Universität Marseille existiert eine sogenannte „Arbeitsbörse". Hier wird an Studenten, die finanzielle Unterstützung benötigen, eine Beschäftigung bis zu monatlich 10 Stunden vermittelt, damit sie eine finanzielle Grundlage für ihr Studium erhalten. Der Anteil der Studenten, die aus Arbeiter- und Bauernfamilien stammen, liegt unter 15 Prozent. Die Unzufriedenheit der Studenten macht sich in Aktionen gegen diese Hochschulpolitik Luft. Unmittelbar vor unserer Ankunft war ein Studentenstreik in Lyon beendet worden.

Insgesamt ist in den Gesprächen zu bemerken, daß die Unsicherheit über die Zukunft im Leben der gesamten Studentenschaft ein immerwährendes und unerschöpfliches Diskutsionsthema darstellt.

Internationalistische Hilfe leistet die KMU auch bei der Ausbildung vietnamesischer Studierender. Foto: Gäste aus Ho-chi-Minh-Stadt, die im August 1978 die KMU besuchten (2. v. r. Dietmar Keller, Sekretär der SED-Bezirksleitung).